

BLICKPUNKT KUBA

In dieser Ausgabe:

- Hurrikan Gustav
- Hurrikan Ike
- „Bei uns muss niemand Hungern leiden“
- Nach Chávez-Besuch in Russland:
„In- und ausländische Medien verbreiteten Lügen“
- Wieder Annäherung Russlands an Kuba wird konkret
- USA und KUBA
Vom Klassenfeind zum Handelspartner
- Kuba auf eigene Faust erleben:
Mehr Privatquartiere auf der Insel
- Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Kuba
- Kurznachrichten von Granma International

Hurrikan Gustav



Es ist sicherlich kein Zufall, dass in der Medienberichterstattung über den Hurrikan Gustav Kuba, wenn überhaupt, nur am Rande erwähnt wird. Dabei beschreiben die kubanischen Behörden diesen Hurrikan als den schlimmsten seit 50 Jahren.

Er traf mit einer Geschwindigkeit von 240 km/h am Samstag dem 30.8.08 auf die Insel der Jugend und am späten Samstagabend auf Pinar del Rio, die westlichste Provinz der Insel. Auch in der Provinz Havanna verursachte Gustav große Schäden. Über 450 000 Menschen aus den genannten Regionen wurde evakuiert. Bisher sind keine Todesfälle zu beklagen. Die Zahl der Verletzten beläuft sich auf 18 Personen.

Auf der Insel der Jugend ist das Stromnetz völlig zerstört, die Energieversorgung (Strom, Wasser, Gas) daher komplett zusammengebrochen.

Nach Ersten Angaben wurden in der Provinz Pinar del Rio 86 000 Gebäude (Wohnungen, Schulen, Kliniken u. a.) 600 Strommasten und 60 Hochspannungsmasten sowie 3.400 Tabakhäuser und 60 Geflügelfarmen zerstört. Die Bananenernte ist dort komplett vernichtet.

Cuba Sí, 01.09.2008

Spendenkonto:

Partei Vorstand DIE LINKE/Cuba Sí
Berliner Bank AG (BLZ 100 200 00)
Konto-Nr.: 4382 2100 00
VWZ: Kuba muss überleben

Wirbelsturm

"Ike" rast über Kuba

Der Wirbelsturm "Ike" hat Kuba erreicht und dort mehr als eine Million Menschen in die Flucht getrieben. Mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 195 Kilometern pro Stunde prallte der Hurrikan an der östlichen Spitze der Karibikinsel auf das Festland und sorgte für schwere Regenfälle und Überschwemmungen.

Viele Touristen evakuiert

Im Osten des Landes wurden 800.000 Menschen in Sicherheit gebracht. In elf der 13 Provinzen gilt die höchste Alarmstufe. Die kubanischen Behörden evakuierten am Sonntag auch rund 13.000 ausländische Touristen. Der Flugverkehr auf Kuba wurde eingestellt.

Meteorologen rechnen damit, dass sich der Sturm auf seinen weiteren Weg abschwächen wird. Am Dienstag soll er die Küste Floridas erreichen. US-Präsident George Bush erklärte den Bundesstaat vorsorglich zum Notstandsgebiet.

Rund 60 Tote auf Haiti

Auf seinem Weg durch die Karibik hat der Hurrikan "Ike" in Haiti mindestens 58 Menschenleben gefordert. Auf den zu Großbritannien gehörenden Turks- und Caicos-Inseln soll "Ike" 80 Prozent der Häuser beschädigt oder zerstört haben. Die 38.000 Einwohner der rund 30 Koralleninseln konnten sich aber rechtzeitig in Sicherheit bringen

Wetterexperten erwarten, dass sich "Ike" nach Kuba und Florida weiter in südwestliche Richtung bewegt und dort über dem warmen Wasser des Golfs von Mexiko weiter Energie tankt. Der Hurrikan könnte dann auch Kurs auf die US-Südstaaten-Metropole New Orleans nehmen, dessen Einwohner nach der Evakuierung vor "Gustav" gerade zurückgekehrt sind.



mdr – 08.09.2008



»Bei uns muss niemand Hunger leiden«

Trotz wirtschaftlicher Probleme konnte Kuba die Versorgung mit Nahrungsmitteln aufrechterhalten. Dazu trägt auch die regionale Zusammenarbeit bei. Ein Gespräch mit Alcides López Labrada, Vizeminister für Landwirtschaft Kubas



Eine der ersten Maßnahmen des kubanischen Präsidenten Raúl Castro nach dessen Amtsantritt im Februar war eine Reform der Landwirtschaft. Warum war das nötig?

Kuba verfügt heute über 6,7 Millionen Hektar Agrarland, aber rund die Hälfte dieser Fläche wird nicht bestellt oder nur unzureichend genutzt. Ziel ist, die Nutzung der brachliegenden Flächen zu fördern. Aus diesem Grund wurde ein Gesetz verabschiedet, das den Zugriff auf diesen fruchtbaren Boden erleichtert. Zugleich knüpft diese Politik an vergangene Maßnahmen an. Die erste Agrarreform in Kuba hat 1959, nach der Revolution, stattgefunden. Damals wurde das Land denen gegeben, die es bearbeiten. Zugleich wurde eine Obergrenze von 402 Hektar definiert. Im Jahr 1963 fand eine zweite Bodenreform statt. Um mehr Familien den Zugang zu eigenem Land zu ermöglichen, wurde die Obergrenze auf 67 Hektar reduziert, was für Kuba immer noch eine Menge Land ist. Nach dem Fall des Sozialismus in Europa kam dann die dritte Reform ...

... und zwar im Jahr 1993. Damals wurden die Basis-einheiten der Kooperativen Produktion, die UBPC, geschaffen. Wie sieht deren Bilanz heute aus?

Es war ein positiver Schritt. 42 Prozent des fruchtbaren Landes wurden vom Staat an die landwirtschaftlichen Kooperativen übergeben. Dieser Ansatz ist bis heute erfolgreich. Und nun, in diesem Jahr, wurde die vierte Bodenreform seit dem Sieg der Revolution durchgeführt. Jede Kubanerin und jeder Kubaner hat damit das Recht, bis zu 40,26 Hektar Land überlassen zu bekommen.

Fidel Castro hat über die Kooperativen vor Jahren gesagt: »Die staatlichen Unternehmen waren progressiver als die UBPC, doch die UBPC sind realistischer«. Bedeutete das nicht eine – wenn auch erzwungene – Abkehr vom sozialistischen Modell?

Von seinem dialektischen Standpunkt aus hat Fidel damals, Mitte der 90er Jahre, erkannt, daß die Bedingungen in Kuba sich verändert haben. Die für uns vorteilhaften

Handelsabkommen mit dem sozialistischen Lager und vor allem mit der UdSSR existierten nicht mehr. Rund 2,7 Millionen Hektar Land wurden damals der Obhut von rund 2400 Kooperativen übergeben. Trotzdem behielten wir ein sozialistisches Prinzip in der Landwirtschaft bei: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seiner Leistung. Deswegen geht das Zitat von Fidel ja weiter. Er fügte an: »... aber sie sind in vollem Maße sozialistisch.« Es ging also nicht um eine Abkehr vom sozialistischen Modell, sondern darum, dieses Modell an die Realität anzupassen.

Haiti wurde früher in diesem Jahr von Hungerunruhen erschüttert. Auch in Südamerika geht die Angst vor einer Hungerkrise um. Wo steht Kuba?

In der aktuellen Krise bleibt niemand außen vor, noch nicht einmal die Industriestaaten. Kuba ist in diesem Zusammenhang keine Ausnahme. Auch wir sind vom Anstieg der Preise für Lebensmittel und Energie betroffen. Der große Unterschied ist, daß wir auf die Menschen zählen können, um die Krise zu lösen, und die Regierung, die das Problem tatsächlich angehen will.

Die Nahrungsmittelkrise in Haiti ist auch ein Ergebnis der neoliberalen »Strukturanpassungen«. Wäre es zynisch zu sagen, daß die Isolation Kuba in den 1990er Jahren vor solchen Konsequenzen bewahrt hat?

Ich würde nicht sagen, daß Kuba isoliert war, sondern unabhängig vom neoliberalen System. In Kuba konnten den Menschen die Güter des Grundbedarfs garantiert werden. Natürlich hätten alle gerne, daß der Warenkorb umfangreicher ist. Dennoch muß bei uns niemand Hunger leiden. In Kuba bekommen wir diese Entwicklungen sehr wohl mit, etwa den Anstieg der Reispreise. Aber uns betrifft das nicht. In Haiti hat sich der Preis für Reis indes verdreifacht.

Welche Rolle spielt die regionale Integration?

In den vergangenen Jahren sind in Kuba zahlreiche Lebensmittelunternehmen in Kooperation mit Venezuela, dem zweiten Gründungsmitglied der ALBA, entstanden. Geplant ist, eine gemeinsame Fischfangflotte im Pazifik aufzubauen. Was uns dabei sehr hilft, sind die günstigen Preise für Treibstoff aus Venezuela. Und das ist eine Grundidee: Auch Kuba bietet vielen Ländern seine solidarische Hilfe an. Bei der Alphabetisierung etwa.

Auch in Deutschland existieren zahlreiche solidarische Hilfsprogramme wie das Projekt von Cuba Sí »Milch für Kubas Kinder«. Welchen Stellenwert haben diese Initiativen heute im Vergleich zu den 1990er Jahren?

Die größte Leistung erbringt natürlich immer die revolutionäre Regierung, aber die Solidaritätsbewegung leistet einen wichtigen ergänzenden Beitrag. Cuba Sí zum Beispiel sind wir sehr dankbar für die Hilfe, die sie uns zukommen ließen. Sie haben uns wirklich in unseren schwersten Momenten beigestanden. Unser Wille ist, daß sich diese Zusammenarbeit intensiviert. Und unser Besuch hier in Berlin ist ein Beleg dafür.

junge Welt, 4. August 2008 - Interview: Harald Neuber

Nach Chávez-Besuch in Russland: „In- und ausländische Medien verbreiteten Lügen“

Gewollt falsch verstanden, verdreht oder einiges ausgelassen. Nach der Abschlusspressekonferenz des Präsidenten von Venezuela, Hugo Chávez in Moskau kursierten etliche missverständliche Aussagen durch die Presselandschaft.

Die Venezolanische Regierung brachte ihre Besorgnis über eine Entstellung von Informationen über den Russland-Besuch von Präsident Hugo Chávez zum Ausdruck und erklärte: "Die von in- und ausländischen Medien verbreitete Lüge" über Venezuelas angebliches Angebot, russische Militärstützpunkte in Venezuela einzurichten, "wird bei der vom Imperialismus gegen uns ständig betriebenen Kampagne gebraucht, um dem Ansehen unseres Landes zu schaden".

Venezuelas Informationsminister Andres Izarra stellte in diesem Zusammenhang in einem Interview für den staatlichen venezolanischen Fernsehsender VTV fest, es handle sich dabei um eine absichtliche Verdrehung der Tatsachen.

Er zitierte Chávez' Antwort auf die Frage, was würde geschehen, wenn "in den Marinestützpunkten Venezuelas russische Schiffe auftauchen würden". "Wenn die russische Flotte einmal in der Karibik aufkreuzt, werden wir sie wie unseren Verbündeten und Freund empfangen", erwiderte Chávez.

Würde man das "Stenogramm der Pressekonferenz" kennen, so der venezolanische Staatschef, sei klar zu sehen, dass es sich um einen eventuellen Besuch und nicht um eine ständige Stationierung der Flotte handelt. Die venezolanische Verfassung von 1999 verbietet die Einrichtung ausländischer Militärstützpunkte auf dem Territorium dieses lateinamerikanischen Landes.

Ebenso scheint es sich mit den in einigen Medien lancierten Meldungen über ein gewaltiges Paket über militärtechnische Zusammenarbeit zwischen Russland und Venezuela im Gesamtwert von 30 Milliarden zu verhalten.

Chávez, hat am Mittwoch Berichte einer Reihe von Massenmedien bezüglich der Verträge über militärtechnische Zusammenarbeit zwischen Russland und Venezuela im Gesamtwert von 30 Milliarden US-Dollar dementiert.

"Das ist eine wahnsinnige Summe", erklärte Chávez in einem Pressegespräch im Nationalen Flughafen der weißrussischen Hauptstadt Minsk. "Ich will mich nicht mit Dummheiten befassen, über die manche Medien schreiben", teilte er mit. Die Journalisten sollten lieber fragen, wie viele Geldmittel in die Entwicklung Venezuelas investiert werden sollen, so Chávez.

Er gab bekannt, dass Russland und Venezuela beschlossen hatten, die Kooperation auf dem Gebiet der Zivilluftfahrt und des Verkehrswesens auszubauen.

Laut Ruslan Puchow, Direktor des Moskauer Zentrums für Strategie- und Technologieanalyse scheint es sich eher um Waffengeschäfte in Höhe von fünf Milliarden Dollar zu handeln.

Nach seinen Worten hat Venezuela keine Alternative zum Waffenlieferanten Russland. Der europäische Rüstungsmarkt sei für Venezuela praktisch geschlossen. Erstens,

weil die europäischen Waffen deutlich teurer sind. Zweitens, weil einige ihrer Teile in den USA hergestellt werden, die ein Waffenembargo gegen Venezuela verhängt haben.

Dem Experten zufolge will Venezuela bei Russland vor allem die Diesel-U-Boote "Amur" sowie die Flugabwehr-Systeme S-300, Buk und Tor kaufen. Puchow vermutete, dass Venezuela russische Waffen nicht wie bisher mit Bargeld bezahlen, sondern auf Kredit kaufen würde. In Zukunft kämen zudem ein Technologietransfer und der Verkauf russischer Produktionslizenzen an Venezuela in Frage.

Nach Angaben aus verschiedenen Quellen haben Russland und Venezuela seit 2005 Waffengeschäfte im Wert von zwei bis vier Milliarden US-Dollar abgeschlossen. In dieser Zeit kaufte Venezuela bei Russland 24 Jäger Su-30 MK2, mehr als 50 Mi-Hubschrauber sowie zwölf Flugabwehr-Raketensysteme Tor-M1 und 100 000 Kalaschnikow-Maschinenpistolen. Außerdem einigten sich beide Staaten 2006 auf den Bau einer Kalaschnikow-Produktionsstätte in Venezuela.

rusland.RU – 24. Juli 2008

Wieder Annäherung Russlands an Kuba wird konkret

MOSKAU. Russland hat die von den USA kritisierte Wieder Annäherung an Kuba mit ersten konkreten Schritten besiegelt. Moskau werde große Passagiermaschinen vom Hersteller Tupolew des Typs Tu-204-300 und von dem Produzenten Antonow An-148-200 nach Havanna liefern.

Dies teilte das russische Industrieministerium laut der Nachrichtenagentur Interfax mit. Es werde auch erwogen, Servicezentren für russische Luftfahrttechnik auf Kuba einzurichten, hieß es. Auf die Zusammenarbeit mit der kubanischen Zivilluftfahrtbehörde habe sich vorige Woche eine Delegation unter Vizeregierungschef Igor Setschin geeinigt.

Auf US-Pläne reagieren

Militärexperten und ein Politiker der Kremlpartei Geeintes Russland hatten zuvor eine militärische Präsenz auf der Karibikinsel nicht ausgeschlossen. Damit könne Russland auf die umstrittenen Pläne einer US-Raketenabwehranlage in Mitteleuropa reagieren, hatten sie mitgeteilt.

Washington hat gewarnt

Regierungschef Wladimir Putin hatte sich am Montag ebenfalls für eine stärkere Präsenz auf Kuba ausgesprochen, ohne diese näher zu definieren. Washington hatte Moskau vor solchen Überlegungen gewarnt.

Fast ein Weltkrieg

1962 führte der letztlich gestoppte Bau sowjetischer Raketenilos auf Kuba fast zu einem Weltkrieg. Die damalige Kraftprobe zwischen Washington und Moskau ging als "Kubakrise" in die Geschichte ein. (sda/dpa)

www.Tagblatt.ch – 5. August 2008

USA und Kuba

Vom Klassenfeind zum Handelspartner

Die Beziehungen zwischen Kuba und den USA im Wandel: Die Amerikaner sind mittlerweile der fünftgrößte Abnehmer kubanischer Exporte wie Reis, Bohnen, Huhn.

Pedro Álvarez ist ein umtriebiger Mann. Kaum ein Monat vergeht, in dem der einflussreiche Manager der kubanischen Import-gesellschaft Alimport nicht einen Vertrag über die Lieferung von Lebensmitteln nach Kuba unterzeichnet - gerne mit US-Unternehmen, die regelmäßig nach Kuba kommen, um mit dem Chefeinkäufer der Insel zu verhandeln.

Vornehmlich im Frühjahr und zur Internationalen Messe im November trudeln Landwirtschaftssekretäre aus den US-Bundesstaaten, Branchenvertreter und Agenten der Lebensmittel-firmen in Havanna ein, um Lieferverträge auszuhandeln. Dann ist Pedro Álvarez in seinem Element, denn der Medienprofi lässt kaum eine Chance aus, auf den wachsenden amerikanisch-kubanischen Handel hinzuweisen. Der summierte sich 2007 auf 582 Millionen US-Dollar, wie das Nationale Statistische Amt (One) gerade in seinem Jahresbericht 2007 veröffentlichte.

Mit diesem Exportvolumen rangieren die USA nach Venezuela, China, Kanada und Spanien auf Rang fünf der kubanischen Außenhandelsstatistik. Nicht schlecht für den Klassenfeind, der bis ins Jahr 2000 in den Handelsstatistiken Kubas gar nicht auftauchte. Dann lockerte der US-Kongress auf Druck der Agrarlobby das Handelsembargo und erlaubte den Export von Reis, Bohnen und Huhn. Seitdem steigen die Lebensmittelexporte aus den USA von Jahr zu Jahr. Und wahrscheinlich würde Kuba noch mehr dort ordern, wenn die Ware nicht cash und obendrein vorab bezahlt werden müsste.

Barzahlung ist seit Beginn der US-Exporte für die Kubaner Pflicht, denn Kredite für den ungeliebten Handelspartner hat die politische US-Administration nicht vorgesehen. In den USA ist man ohnehin nicht sonderlich amused über den steigenden Handelsaustausch und das damit verbundene Reiseaufkommen nach Kuba. Ein Grund, weshalb das Finanzministerium 2005 verfügte, dass sämtliche Lieferungen vor Auslaufen der Schiffe bezahlt werden müssen.

"In der Praxis macht die Regierung es uns so schwer wie möglich", kritisiert Kirby Jones, Präsident der US-kubanischen Handelsvereinigung. Die weiß allerdings neben den Agrarunternehmen des Landes eine ganze Reihe von Branchen hinter sich, die Lobbyarbeit gegen das seit 1961 bestehende Handelsembargo machen. Dazu gehört auch die Ölindustrie, denn Unternehmen wie Halliburton würden nur zu gern vor der kubanischen Küste nach dem schwarzen Gold bohren. Aber auch die Pharmaindustrie, die Reisebranche oder die Stahlunternehmen knüpfen Kontakt zu Kuba, und Pedro Álvarez dient dabei nur zu gern als Katalysator. Ginge es nach ihm, würden die USA weiter vorn in der Außenhandelsstatistik rangieren, denn die geografische Nähe "mache die beiden Länder nun einmal zu natürlichen Handelspartnern". Das sehen auch Experten vom Inter American Dialogue in Wa-

shington so. Laut Analyst Dan Erikson werde die Logik des Handels über politische Feindseligkeiten triumphieren.

taz – 28.08.2008 – von Knut Henkel

Kuba auf eigene Faust erleben: Mehr Privatquartiere auf der Insel

Berlin. In Kuba ist in den vergangenen Jahren neben der Zahl der Hotelzimmer auch die der Privatquartiere für Touristen gewachsen. «Natürlich legen wir auch großen Wert auf Individualtouristen», sagte Kubas Vize-Tourismusministerin María Elena López Reyes dem dpa-Themendienst in Berlin.

Inzwischen bietet das Land weit mehr als 10.000 für ausländische Gäste lizenzierte Zimmer in kubanischen Familien. Sie werden «Casa particular» genannt.

Solche Privatquartiere gibt es vor allem in Orten mit wichtigen touristischen Attraktionen. Dazu zählen der Vizeministerin zufolge Havanna, Santiago, Trinidad, Pinar del Rio und Viñales. Reine Feriengebiete an der Küste hätten dagegen keine Privatquartiere. Ende 2007 gab es nach Angaben der Vizeministerin knapp 50.000 Hotelzimmer der Touristenklasse in Kuba. «Wir hoffen, dass wir im Laufe dieses Jahres über 50.000 kommen.» 63 Hotels würden von ausländischen Gesellschaften gemangt, etwa 25 von der spanischen Kette Sol Meliá.

Bei den weltweiten Ankünften habe es in diesem Jahr von Januar bis Juli ein Plus von 14 Prozent gegeben, sagte die Vizeministerin. Kuba registrierte 2007 insgesamt etwa 2,122 Millionen Touristen. Die Kanadier stellten dabei mit 600.000 Gästen die größte Gruppe. Zurück ging zuletzt die Zahl der Gäste aus Deutschland: 2006 registrierte das Ministerium rund 114.000, im Jahr 2007 dann nur noch 104.000.

Kuba ist auch für viele Bürger der USA eine Reise wert. «Etwa 40.000 bis 50.000 Besucher aus den USA reisen jährlich auf unsere Insel», sagte López Reyes. Davon würden viele als klassische Urlauber zum Beispiel über Cancun in Mexiko oder Jamaika nach Havanna und in andere Destinationen Kubas fliegen. Die Einreisezahlen aus den USA seien jedoch rückläufig: Vor einigen Jahren seien es «noch pro Jahr etwa 80.000 Gäste aus den Vereinigten Staaten gewesen». Grund für den Rückgang seien die Sanktionen der USA im Reiseverkehr. Offiziell veröffentlicht Kubas Tourismusministerium keine Einreisezahlen aus den USA, nennt auf Anfrage aber von Zeit zu Zeit ungefähre Zahlen.

Hintergrund der Entwicklung ist, dass die USA vor einigen Jahren die Bedingungen für Verwandtenbesuche in Kuba verschärft haben. Reine Touristenreisen auf die Zuckerinsel gestattet die US-Regierung ohnehin nicht. Tausende US-Bürger fliegen jedoch von anderen Ländern aus nach Kuba ein. Die Behörden an den Flughäfen drücken keine Stempel in US-Pässe, so dass es bei Kontrollen bei der Wiedereinreise in die USA über ein Drittland keine Hinweise auf die Visite gibt. Rum oder Zigarren aus Kuba sollten Reisende jedoch nicht im Gepäck haben.

Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Kuba

Völlig unbemerkt von der Öffentlichkeit will die Europäische Union ihre Sanktionen gegen Kuba formell aufheben. Die USA reagierten darauf verstimmt.

Nach der Machtübernahme Fidel Castros in Kuba 1959 verhängten die USA im Jahre 1962 ein bilaterales und die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) 1964 ein multilaterales Embargo gegen Kuba.

Im Gegensatz zur OAS, die ihr Embargo 1975 wieder zurücknahm, hielten die USA ihr Embargo nicht nur weiter aufrecht, sondern verschärften es 1992 noch mit dem sogenannten "Torricelli Act" und 1996 durch den Erlass des "Helms-Burton Act". Auf dessen Basis ist jedweder Rechtserwerb an ehemaligem amerikanischen Eigentum in Kuba, das durch Castro 1962 konfisziert wurde, von amerikanischen Gerichten als bösgläubig zu qualifizieren.

Damit konnte sich der durch Castro enteignete amerikanische Staatsbürger durch Richterspruch wieder in den Besitz seines Eigentums setzen. Vor allem die EU protestierte heftig gegen diese extraterritoriale Geltungserstreckung des amerikanischen (Privat-)Rechts. Der Rat erließ im November 1996 als Retorsion die Verordnung (EG) Nr. 2271/96, mittels derer die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet wurden, solchen Urteilen amerikanischer Gerichte in der EU die Vollstreckung zu verweigern.

Nach Angaben der kubanischen Regierung hat der Wirtschaftsboykott über die letzten 45 Jahre Kuba rund 89 Milliarden US-Dollar, also 64 Milliarden Euro, gekostet.

USA bleiben stur

Die USA rückten von ihrer Position selbst dann nicht ab, als Castro am 18. Februar 2008 seinen definitiven Verzicht auf das Amt des Staatsratsvorsitzenden und Oberkommandierenden der Streitkräfte erklärte und die Ämter seinem Bruder Raúl übergab.

Mit der Beibehaltung ihres Embargos setzen sich die USA nicht nur über den völkergewohnheitsrechtlichen Rechtsatz hinweg, dass ein Embargo spätestens dann aufgehoben werden muss, wenn der Anlassfall für seine Verhängung wegfällt – Kuba stellt für die Region keine Gefahr mehr dar. Sie missachten auch die seit 1992 jedes Jahr repetitiv erfolgende Verurteilung ihres Embargos durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Auch die EU verhängte 2003 aus Protest gegen die Verhaftung von 75 Oppositionellen Sanktionen gegen Kuba, die aber nicht in einem Wirtschaftsembargo bestanden, sondern vielmehr eine politische Isolierung Kubas im Sinne der Einschränkung offizieller Besuche zum Ziel hatten.

Nach der Freilassung einiger Regimekritiker wurden die Sanktionen im Jahre 2005 wieder ausgesetzt. Havanna reagierte auf diese bloße Sistierung der Sanktionen mit der Ankündigung, dass es ohne eine formelle Aufhebung derselben seitens der EU keine Rückkehr zur früheren Zusammenarbeit geben kann.

Handelspartnerschaft

Die EU ist der größte Handelspartner Kubas. Rund die Hälfte der Direktinvestitionen und mehr als die Hälfte der Touristen kommen aus Europa.

Um den politischen Wandel in Kuba zu fördern, beschloss der Rat der Außenminister auf seiner Sitzung am 16. Juni 2008 die vollständige Aufhebung der Sanktionen. Diese ist allerdings mit einer klaren Aufforderung an Havanna verbunden, die Menschenrechtsslage in Kuba zu verbessern. Für eine solche Revisionsklausel hatten sich bis zuletzt noch Deutschland, Schweden und die Tschechische Republik stark gemacht.

Die US-Regierung reagierte kritisch. Die Verbündeten sollten doch von Schritten absehen, die der kubanischen Führung "zusätzliche Legitimität" geben würden.

www.wienerzeitung.at - 04.09.2008

Kurznachrichten von Granma International

www.granma.cu/aleman/index.html

STAATSCHEFS VON KUBA UND PANAMA IM DIALOG

[Abkommen über Zusammenarbeit in Fragen der Energieversorgung unter- zeichnet](#)

DIE Regierungen Kubas und Panamas unterzeichneten ein Abkommen über die Zusammenarbeit zum Thema der rationalen und wirksamen Nutzung von Energie und die Anwendung erneuerbarer Energiequellen, das zur weiteren Festigung der bilateralen Beziehungen beitragen wird.

[Die Revolutionäre Regierung beschließt die Erhöhung der Renten und Sozialhilfeleistungen](#)

EIN unveränderliches Prinzip der Revolution ist die Erhöhung der Einkommen der Arbeiter und Rentner, begonnen bei denen, die am wenigsten erhalten, in der gerechten Absicht, die sozialen Ungleichheiten zu verringern und zu erreichen, daß jeder Bürger von seiner Arbeit bzw. seiner Rente lebt.

[Die US-Regierung muß antworten](#)

KUBA forderte die Regierung der Vereinigten Staaten auf, eine Antwort zu geben und es zu unterlassen, den schwerwiegenden Enthüllungen zu den Verbindungen zwischen den in Miami lebenden Terroristen, der Interessenvertretung Washingtons in Havanna (SINA) und den Söldnern auf der Insel "auszuweichen und Vorwände anzuführen".

[Kuba und Mexiko wollen die wirtschaftlichen Beziehungen reaktivieren](#)

MEXIKANISCHE und kubanische Unternehmer verschiedener Sektoren kamen zu zufriedenstellenden Vereinbarungen mit dem Ziel, den Handel zwischen beiden Ländern zu fördern.

[Eskalation bei illegalen Übertragungen ge- gen Kuba](#)

DIE US-Regierung setzt auf eine Eskalation ihrer illegalen Radio- und Fernsehaggressionen gegen Kuba, indem sie die umfangreichen Mittel, die sie dieser Einmischungsaktion seit den ersten Tagen der Revolution widmet, noch erhöht.

[Das Pentagon nutzt Insekten zur Spionage](#)

WÄHREND sie Venezuela kriminalisiert und es als ein Land vorstellt, das an der internationalen Spionage interessiert sei, und versucht, die Kampagne gegen den Satelliten Simón Bolívar voranzubringen, kündigte die Agentur für fortgeschrittene Forschungsprojekte (Darpa) beim Pentagon - die gleiche, die das Internet entwickelte - offiziell ihre Fortschritte bei Projekten zur Züchtung von hybriden Insekten an, die sie bei Überwachungseinsätzen benutzt.

[Washington auf der Suche nach einem töd- lichen Schlag gegen Bolivien und Venezuela](#)

KNAPP sieben Monate vor der Wahl eines neuen Bewohners des Weißen Hauses, sucht George W. Bush verzweifelt nach einem tödlichen Schlag, um in irgend einem "dunklen Winkel des Planeten" die beiden Amtszeiten seiner Administration doch noch mit Erfolg krönen zu können.

Blickpunkt Kuba

Herausgeber: Cuba Solidaritätsgemeinschaft Granma e.V.

c/o Franz Schütz, Kainzenbadstraße 28, 81671 München

Email: franz.schuetz@granmasoli.de // Internet: www.granmasoli.de

Spendenkonto: 1710206, BLZ 70160300 (Raiffeisenbank München)

Die Cuba – Solidaritätsgemeinschaft Granma e.V. dient ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten, gemeinnützigen Zwecken und ist berechtigt, Spendebescheinigungen auszustellen